

- S. 2: VORSTAND
- S. 3: TIG THÜRINGEN
- S. 4: LESERBRIEFE
- S. 5: EIN KÄMPFER AN DER FRONT / DIE WAFFEN NIEDER
- S. 8: REDAKTION ZUM LEITARTIKEL NR. 8/2026

Rede von Reiner Braun zum Hiroshimatomag am 06.08.2026 in Berlin an der Friedensglocke

Liebe Freundin n und Freude,
6. August 1945, 8.15 Minuten, ein sonniger, schon am Morgen heißer Tag in Hiroshima, Hunderttausende gingen zur Arbeit, zur Schule, zur Universität - müde, erschöpft nach all den Jahren des Krieges. Am blauen Himmel, ein Flugzeug - keine Gefahr, nur ein Aufklärungsflieger, kein Luftalarm. Sekunden später der totale Horror, für die Menschen in Hiroshima und Umgebung der Weltuntergang. Aus dem Flugzeug wurde eine Bombe - die erste Atombombe - ausgeklinkt. Die Folgen kennen wir, und sie sind zusammengefasst in den Worten: „die Lebendigen werden die Toten beneiden“. Ihr werdet überrascht sein, von wem das Zitat zuerst stammt, nicht von den Ärzten gegen den Atomkrieg, sondern von Nikita Chruschtschow. Seit diesem Moment heißt es überall auf der Welt immer wieder und besonders am 6. und 9. August: „Nie wieder Hiroshima und Nagasaki.“ Bis heute blieb es bei diesen beiden Atomwaffeneinsätzen, aber dass wir überlebt haben, hing mehrfach an einem seidenen Faden, an dem uneigennützig mutigen Handeln von einzelnen (Stanislav Petrov sei hier genannt), aber eigentlich können wir auch sagen: wir haben einfach Glück gehabt. Vergessen wir aber nie: die Leidenden dieser Abwürfe waren die Menschen von Hiroshima und Nagasaki. Der Abwurf war aber auch und vielleicht besonders als Signal gerichtet gegen die Sowjetunion, die mit mehr als 27 Millionen Toten und einem völlig zerstörten Land gerade den deutschen Faschismus niedergerungen hat. Die Atombombenabwürfe waren auch eine geostrategische Waffe, gerichtet gegen die neue antifaschistische Weltordnung nach 1945. Wie aktuell ist diese Erinnerung, wenn wir auf die dramatischen geopolitischen Verschiebungen heute und die völkerrechtswidrigen Kriege zum Erhalt der unilateralen alten Ordnung schauen. Der Westen hat mit seiner Unterstützung der Ukraine eine rote Linie nach der anderen überschritten. Im Ergebnis nimmt die

Gefahr einer direkten militärischen Konfrontation mit Russland zu. Denn die verantwortungslose Strategie, den Krieg mit deutscher Technologie und deutschem Geld „nach Russland zu tragen“, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit dazu führen, dass der Krieg auch nach Deutschland kommt.

Liebe Freundinnen und Freunde,
Albert Einstein sagte wenige Tage nach dem Atomwaffenabwurf: „Die Zeit ist gekommen, in der der Mensch den Krieg aufgeben muss. Es ist nicht länger rational, internationale Probleme durch Krieg zu lösen.“ Das gilt bis heute: Nein zu allen Atomwaffen - nein zu allen Kriegen! Wann war das wichtiger nach 1945 als heute: Kriegsfähig sollen wir werden! Kriegsfähig heute heißt auch und besonders: mehr und modernere, kleine Atomwaffen. Die neun Staaten mit Atomwaffen haben im Jahr 2025 insgesamt 119 Milliarden Dollar für die Entwicklung neuer ausgegeben. Wieviel Schulen und Krankenhäuser könnten davon gebaut werden! Über Atomwaffen reden, heißt niemals den Wahnsinn der gesamten Aufrüstung zu vergessen: 2,9 Billionen Dollar gibt die Welt für Rüstung aus, davon allein die USA 1,15 Billionen - unvorstellbare Zahlen! Milliarden Kinder gehen abends hungrig zu Bett. Merz und Pistorius sind stolz, dass Deutschland 2026 140 Milliarden Dollar nach NATO-Kriterien für Rüstung ausgibt, zum größten Teil als Schulden. Das bedeutet, dass wir schon 2028 oder 2029 ca. 50% des Haushalts nur für Rüstung und Schulden ausgeben. Es übersteigt wahrscheinlich noch unsere Vorstellungskraft, was das für die nicht mehr Existenz von Sozialem, was das für Gesundheit, Bildung und Wissenschaft, für Rente und Pflege, für Infrastruktur, ja für die Gesellschaft insgesamt bedeutet. Wir werden dieses Land nach seinem Kahlschlag nicht wiedererkennen und wir alle werden Opfer einer Kriegspolitik sein, die uns schon im Frieden besser Nicht-Kriegs-Zustand



ruinieren sozial und menschlich verelenden lassen wird. Erkennen wir die Dramatik und wehren uns zuerst, aber dann mit Millionen Weiteren. Deswegen sind wir auch am 26.09. bei den 15 Gewerkschaftsdemonstrationen mit unseren Friedens- und Abrüstungsforderungen dabei.

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, die Wissenschaftler der Zeitung «The Bulletin of the Atomic Scientists» schreiben es deutlich: die neuen B61-12 Atomwaffen kommen nach Büchel zusammen mit den neuen F35-Bombern und sind schon auf dem Luftwaffenstützpunkt Lakenheath in Großbritannien angekommen. Allein der Umbau des Flughafens Büchel kostet zwei Milliarden Euro - wer bezahlt die wohl? Bei einer weiteren Zuspitzung der Sicherheitslage kommen auch Länder wie Polen und Finnland sowie Litauen als Stationierungsstandorte infrage. Die Nukleare Teilhabe Deutschlands, die eindeutig dem NPT-Vertrag widerspricht, wird also fortgesetzt. Im Ernstfall werden deutsche Piloten und Offiziere die Atomwaffen über Moskau abwerfen. NATO-Generalsekretär Mark Rutte schließt nicht aus, dass künftig mehr US-Atomwaffen in Europa stationiert werden. Nach dem jüngsten Treffen der Nuklearen Planungsgruppe der NATO bekennen sich die Verbündeten dazu, die nuklearen Fähigkeiten der NATO weiter zu stärken. Es geht aus Sicht der NATO und be-

sonders der USA darum zusätzlich 100 bis 150 nichtstrategische US-Atomwaffen in Europa zu stationieren. Dazu kommt die neue erweiterte Atomwaffenpolitik von Frankreich. Es sind die vor allem von Frankreich vorangetriebenen Bemühungen um einen europäischen atomaren Schutzschirm unter seiner Regie. Nach der Vereinbarung mit Norwegen über französisches Nuklear Sharing sollen weitere z.B. mit Polen folgen. Die Atomwaffenkooperation mit Deutschland wird massiv vorangetrieben. Der ehemalige Sponti Joschka Fischer will – nicht alleine – eine europäische Atombombe. Atomwaffen sind nicht handhabbar: der Atomkrieg aus Versehen, aus technischen und menschlichen Fehlern, verstärkt durch die KI schwebt wie ein Damoklesschwert über uns – solange Atomwaffen existieren. Vergessen wir nicht: auch in unseren sogenannten politischen Eliten wird immer wieder über die deutsche Bombe diskutiert. Über das undenkbar Denke wird fabuliert. Lange ist es in den Think Tanks und z.B. in der FAZ nicht mehr undenkbar, sondern unterliegt einer strategischen Überlegung: die „deutsche Bombe“ zu bauen. Vielleicht der Gipfel des Vernichtungsszenarios, das wir gerade erleben.

Diese Entwicklung bleibt nicht ohne Reaktion: Auch Russland modernisiert seine Atomwaffen, baut sein Arsenal aus und stationiert diese in Belarusland, weitere werden in der Nähe zu Westeuropa folgen. Die Atomwaf-

fenuhr (Doomsday clock) wurde von dem „Bulletin of atomic scientists“ auf 85 Sekunden vor Mitternacht vorgerückt! Mehr und punktgenauere Atomwaffen erhöhen die Kriegsgefahr, Drohungen und Einsatzstrategien verstärken diese. Alle atomaren Rüstungskontrollabkommen, mit Ausnahme des Atomwaffensperrvertrages, wurden von den USA gekündigt oder liefen aus. Nie seit 1945 war die Gefahr eines Atomkrieges größer und realer – so die Begründung der wissenschaftlichen Nobelpreisträger und Experten, die diese Zeitung herausgeben. Die Regierungspolitik wird uns als Abschreckung verkauft. Was für ein Wahnsinn, denn Abschreckung bedeutet nichts anderes als die permanente institutionalisierte Bereitschaft, die Vernichtung von Millionen Menschen binnen Minuten in Kauf zu nehmen und die eigene Vernichtung in Kauf zu nehmen – sie bedeutet nackter nuklearer Terror. Es geht besonders der Bundesregierung aber in Wahrheit nicht darum, einen möglichen Gegner abzuschrecken (so verheerend das sein kann), es geht um den Ersteinsatz von zuerst auch nur konventionellen Mittelstreckenwaffen: dazu will Deutschland die Tomahawks, vielleicht sogar später auch den Dark Eagle von den USA kaufen oder vergleichbare Mittelstreckenwaffen selbst produzieren, europäisch herstellen oder auch von der Türkei kaufen, und bei uns unter US-Regie stationieren. Diese Waffen sind Erstschlagwaffen, Angriffswaffen ge-

gen Russland. Ist das also das Ziel: zum dritten Mal gegen Russland? Die Vernichtung Europas wird bewusst eingeplant, denn Europa wird einen Atomkrieg nicht überleben. Müssen nicht all die Damen und Herren, die dieses bewusst planen, schnellstmöglich nach Den Haag in eine Zelle, um für die Vorbereitung von Angriffskriegen und die geplante Vernichtung von Millionen von Menschen verurteilt zu werden? Um dieses Vernichtungsszenario zu verhindern, sind wir alle gefordert: jetzt, hier und heute, in diesem Herbst und darüber hinaus. Deswegen rufe ich alle auf: beteiligt euch am Friedensherbst 2026: an den Aktionen am 1. September, dem Anti-Kriegstag, kommt zum Konzert der Jugend am 2. Oktober ans Brandenburger Tor und demonstriert mit uns am 3. Oktober in Berlin. Deswegen bleiben wir dabei: eine Welt ohne Atomwaffen ist unser Ziel und zwar „in our life time, Herr Obama!“ Die Bundesregierung muß den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen. Wir geben keine Ruhe, bis dieser Schritt erfolgt ist. Unser „NEIN“ zu Atomwaffen ist ein „JA“ zum Leben für, ein ja zu Gerechtigkeit und internationaler Solidarität mit allen Opfern bis heute der Atomwaffeneinsätze von Hiroshima und Nagasaki und aller Atomwaffentests. Es bleibt dabei, was Willi Brandt 1981 allen ins Stammbuch geschrieben hat: „Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts.“ Und ich ergänze: Frieden gibt es nur ohne Atomwaffen!

Information an die Mitglieder zur Vorstandssitzung vom 22. Juli 2026

Der Vorstand beschloss in seiner ersten Sitzung nach der Vertreterkonferenz folgende Funktionen und Verantwortlichkeiten: Vorsitzender Joachim Bonatz, 1. Stellvertreter Gerald Böhm, Landesbeauftragter Sachsen, 2. Stellvertreter Anja Mewes, friedenspolitische Sprecherin, Redaktion „ISOR aktuell“ und ISOR-Internetseite, Kassenverwalter Bernd Hartmann, Bodo Weser Vertreter von ISOR im OKV, Betreuung Einzelmitglieder und temporär Verantwortlich für Betreuung TIG Sachsen-Anhalt/ Nord, als Gast Bernd Brückner, Betreuung der TIG Sachsen-Anhalt, Dietmar Polster, rentenpolitischer Sprecher und Schriftführer, Steffen Haupt, Leiter AK Rente und Soziales, Landesbeauftragte Armin Lai, Mecklenburg Vorpommern, Detlev Schümann, Brandenburg, Steffen Neuber, Berlin, Peter Trost, Thüringen.

Im Arbeitskreis Rente und Soziales werden Dietmar Polster, Steffen Haupt, Peter Ott und Florian Münter mitarbeiten.

In Weiterführung des rentenpolitischen Kampfes befasste sich der Vorstand mit den beschlossenen Briefen an den Bundeskanz-

ler und an die rentenpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen, die Ende Juni auf den Weg gebracht wurden. Antworten lagen noch nicht vor. Dietmar Polster erarbeitet eine Analyse zu den Empfehlungen der Alterssicherungskommission, die Grundlage weiterer Argumentationen ist und den TIG zur Verfügung gestellt werden soll.

Die Landesbeauftragten berichteten über erste Veranstaltungen und Beratungen mit TIG-Vorsitzenden und Funktionären der TIG in Auswertung der Vertreterversammlung vom 10. Juni. Übereinstimmend fand die Vertreterkonferenz hinsichtlich ihres Verlaufes, ihrer kämpferischen Atmosphäre und ihrer Ergebnisse eine umfassende Zustimmung, in deren Mittelpunkt die Beschlüsse der Vertreterkonferenz, insbesondere zur Weiterführung des politischen Kampfes für Rentengerechtigkeit standen. Die Berichte befassten sich weiter mit der personellen Sicherstellung und Arbeitsfähigkeit der TIG, die Durchführung von Versammlungen zu politischen Ereignissen und historischen Gedenktagen wie der 85.

Jahrestag des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion sowie die erfolgreiche Durchführung von Solidaritätsspenden für Kuba, die nach den Berichten der Landesbeauftragten insgesamt 2.290 € einbrachten. Der Vorstand bewertete diese Aktivitäten als hervorragendes Ergebnis und empfahl, solche Spenden für Kuba dezentral durch die TIG fortzusetzen. Die Ergebnisse sind bei der Geschäftsstelle zusammenzuführen.

Der durch Bernd Hartmann gegebene statistische Bericht zur Mitgliederentwicklung wies keine Besonderheiten auf. Die Minderung der Mitgliederzahlen sind vorwiegend durch Tod zu vertreten. Der Halbjahresbericht zur Entwicklung der Finanzen zeigte, dass die ISOR e. V. auf gutem Weg ist, die Finanzziele 2026 sowohl bei den geplanten Einnahmen als auch bei den vorgesehenen Ausgaben zu erreichen.

Es wurde auf politische und gesellschaftliche Veranstaltungen orientiert, bei denen für die Zeit ab September die „Alternative Einheitsfeier“ am 07.10.2026 im Mittelpunkt steht. **Gerald Böhm, Stellv. Vorsitzender**



Treffen von TIG-Vorsitzenden, Vertretern und Betreuern Thüringens

Das nun fast zur Tradition gewordene Treffen der Thüringer TIG war in diesem Jahr geprägt, vom 35. Jahrestag der Gründung von ISOR und der Auswertung der Vertreterkonferenz.

Es fand im ehemaligen „Alten Gutshaus“, welches mit viel ehrenamtliche Engagement zu einem kulturellen Zentrum hergerichtet wurde, einen würdigen Rahmen.

Nach der Eröffnung und der Begrüßung unseres Gastes E. Postler (Die LINKE) durch den Landesbeauftragten, P. Trost, wurde in einer Schweigeminute allen nicht mehr unter uns weilenden, an unserem Kampf nicht mehr teilnehmenden Mitgliedern gedacht. Peter überbrachte den Teilnehmern die Grüße und Wünsche des neuen / alten Vorsitzenden J. Bonatz und der anderen Genossen und Freunde des Vorstandes. Das Beiratsmitglied H. Schuchardt eröffnete mit seinem Beitrag zur Auswertung der Vertreterkonferenz die Beratung. Im Rahmen des Gedankenaustausches berichteten weiter Teilnehmer über die inhaltlichen Probleme der Vertreterkonferenz. Sie trugen mit ihren Beiträgen wesentlich zum Gelingen unserer Regionalkonferenz bei. Es wurde einhellig die Erkenntnis vertieft, dass sich unsere Arbeit, ausgehend von der Führungskonzeption, der Entschließung und der Berichterstattung weiter auf den Kampf gegen das „Rentenunrecht“ konzentriert. Dabei dürfen wir die aktuellen Entwicklungen, im Bereich der beabsichtigten „Reformen“ nicht außer Acht lassen. Übereinstimmung gab es in der Frage, dass alle sozialen Verwerfungen, die zu erwarten sind, die finanzielle Seite der Kriegstüchtigkeit sind. Einhellig stand im Mittelpunkt der Kampf und die Erhaltung des Friedens. Weiterhin wollen die Freunde konsequent weiter auf politischem Weg gegen das Rentenstrafrecht vorgehen. Beispiele dafür sind Briefe an den Ministerpräsidenten des Landes Thüringer und die Ostbeauftragte der Bundesregierung. Leider stehen Antworten dazu noch aus.

Heraus gearbeitet wurde, dass wir als ISOR ein kampfstarker Verein sind, den es zu erhalten gilt.

Die vielfältigsten Maßnahmen, Aktivitäten und Ideen sind hier gefragt. Treffen bei Kaffee und Kuchen, um Erinnerungen auszutauschen, aktuelle Ereignisse zu diskutieren sowie die ständige fleißige Arbeit der Betreuer zu erhalten, sind dabei eine der wichtigsten Säulen. Wir müssen, so die Meinungen, dafür Sorge tragen, dass wir kein Mitglied unserer Gemeinschaft verlie-



ren, durch den Ausfall von Betreuern oder anderen Funktionsträgern. Allen Freunden wurden in diesem Rahmen Dank und Anerkennung ausgesprochen. Ungeteilt war die Auffassung zum Thema der Zusammenarbeit und der Fortführung unserer mit den Organisationen RotFuchs e. V., Freidenker, Cuba Si und anderen demokratischen und fortschrittlichen Organisationen selbstverständlich, wie in Gera auch mit dem Stadtverband der „LINKEN“. Gemeinsame Maßnahmen, wie die Protestaktionen gegen die imperialistischen Machenschaften gegen Cuba, Venezuela, Gesprächsrunden, Ostermarsch und 1. Mai sind nur Beispiele für das aktive Mitwirken im Kampf für Frieden. In diesem Zusammenhang sind die Spendenbereitschaft und das aktive Tun unserer Freunde für Kuba, in Suhl, Erfurt und Gera auf einem hohen Niveau und wird fortgesetzt.

Deutlicher als bisher, durch Kranzschleifen und Präsenz, wird unsere Haltung zu Gedenkveranstaltungen, wie Tag der Befreiung und 85. Jahrestag des faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion demonstriert. In Gera fand dazu eine Gedenkveranstaltung mit dem Botschaftsrat der Russischen Föderation und dem Genossen Arnold Schölzel statt.

Im Rahmen dieser Beratung wurden verdienstvolle Freunde, Betreuer, TIG-Vorsitzende, mit einer von der TIG-Gera gestalteten Urkunde aus Anlass des 35. Jahrestages unserer Gemeinschaft ausgezeichnet. Weitere Betreuer und Freunde erhalten diese im Rahmen der noch stattfindenden Mitgliederversammlungen.

Die Beratung stellte klar: nur unser gemeinsames organisiertes Handeln mit allen am Frieden interessierten Kräften gegen die Kriegstreiberei steht im Kampf um unser gutes Recht im Mittelpunkt.

Alle waren sich einig, diese Treffen zu einer Tradition werden zu lassen und im nächsten Jahr erneut gemeinsam zu beraten.

G. Thoma, P. Trost



Am 04.07.2026 haben die TIG's von Potsdam und Umgebung eine Gesamtmitgliederversammlung aus Anlass des 85. Jahrestages des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion durchgeführt. 80 Genossinnen und Genossen sowie Gäste des Traditionsverbandes der NVA/Grenztruppen, des Fallschirmjägerverbandes, vom RotFuchs e. V. sowie ISOR-Mitglieder aus Berlin nahmen an der Veranstaltung teil. Zu Gast war auch das Kundschafterehepaar Pumphrey.

In einer kurzen Einführung wurden vom Barbarossa-Plan über Gründung der BRD bis zur Gegenwart die Kontinuität faschistischer Traditionslinien aufgezeigt und im Gegensatz dazu unser Wille zum Frieden und zur Völkerverständigung zum Ausdruck gebracht. Der Dokumentarfilmer Wilhelm Domke-Schulz gab unter dem Thema „Faschismus gestern und heute“ Einblick in seine Arbeit. Er zeigte an Hand von eigenen Originalaufnahmen, wie gerade in der gegenwärtigen Zeit Machtinteressen der in Europa herrschenden Kräfte auf brutalste Weise durchgesetzt wurden. Die erschütternden Aufnahmen vom Maidan belegen, mit welchem Gewaltpotenzial die ukrainischen faschistischen Banden vorgegangen sind. Ein kleines Musikprogramm rundete die Veranstaltung ab.

In der anschließenden Sammlung für das kubanische Volk wurden von den Genossinnen und Genossen 530 Euro gesammelt. Diese Spende wird Cuba Si übergeben.

Schiemann, Thorwirth

Brief von Brigitte Kunze aus Neustrelitz, 25.07.26

Werter Vereinsvorsitzender J. Bonatz
liebe Vereinsmitglieder,

immer zur Zeit meines Geburtstages treibt mich die ungelöste Problematik des Rentenstrafrechts um. Uns läuft langsam die Zeit weg und es tut sich nichts seitens des Gesetzgebers!

Ich sehe das genauso, dass durch die abweisende höchstrichterliche Entscheidung die Fortdauer des Rentenstrafrechts weiter in die Verantwortung der Legislative geschoben wurde und die Problemlösung in die Politik verwiesen wurde (Nr. 7/26 Entschließung vom 10.06.2026) In dem Zusammenhang kamen mir nun folgende Gedanken:

Punkt 1:

Kann man nicht eine Klage gegen das Bundesverfassungsgericht anstreben wegen Verletzung seiner Kontroll- und Mahnpflichten über die Einhaltung bzw. Umsetzung eines seiner eigenen Urteile (z. B. Urteil v. 28.04.1999)???

Wenn nach diesem Urteil das BVerfG das Aufhebungsgesetz (3. Leitsatz des Urteils) immer noch als Bundesrecht gilt, müsste zumindest mal eine Ermahnung an den Gesetzgeber gestellt worden sein, warum das Urteil immer noch nicht umgesetzt wurde. Nur die Aussage, dass man keine Veränderung in der Gesetzgebung vorhabe, darf so nicht gelten und stehen gelassen werden!!! Das BVerfG ist doch sonst nicht so zimperlich, und die Sachen, die ihnen in den Kram passen, werden sofort geändert. Wie seht Ihr das? Könnte man das angehen? Ich würde es mir so wünschen!

Punkt 2:

Auch die Bearbeitung meiner Petition vom 28.08.2025 wurde nur vertröstet. Ich werde die Ost-Beauftragte dazu nochmals schriftlich erinnern, auch im Zusammenhang mit einem Artikel in unserer Tageszeitung „Nordkurier“ vom 25.07.2026, in dem sie sich besorgt über den Verdruss vieler Menschen über die Politik zeigt.

Zitat: „Ich glaube, dass dieses Misstrauen auch die Enttäuschung ganz stark mit Corona einherging und den damaligen Entscheidungen. Da ist, glaube ich, ein tiefer Vertrauensbruch entstanden. „

Das wollte/ musste ich einfach mal zu Papier bringen. Ich hoffe sehr, dass wir alle nicht das blaue Wunder erleben. Kommt gut über den Sommer und

mit freundlichen Grüßen, B. Kunze

Antwort Joachim Bonatz, Vors. ISOR e. V. an Brigitte Kunze

Liebe Brigitte,

herzlichen Dank für Deinen Brief.

Den Unwillen der Herrschenden, in Deutschland Rentengerechtigkeit walten zu lassen, stellen wir immer aufs Neue fest. Durch private Einzahlung erworbene Rentenansprüche sind Eigentum. Jeder Einzelne von uns und viele weitere DDR-Bürger werden seit der „Einigung“ ganz bewusst um ihr Eigentum betrogen.

Zwischen den drei Staatsgewalten

- Gesetzgeber (Bundestag, Parlamente),
- Exekutive (Polizei und Dienste),
- Judikative (Gerichte, deren höchstes das Bundesverfassungsgericht [BVerfG] ist)

herrscht Verantwortungstrennung.

Das BVerfG übt im Wesentlichen seine Funktion als höchste Gerichtsinstanz aus.

Du berufst Dich auf die Aufgabe Kontrolle der Grundrechte der Bürger. Hier geht es um die Gesamtheit der Gesetze, die der Bundestag (und die Landesparlamente) beschließen. Diese müssen sich am Grundgesetz [GG] orientieren – so die Kontrollfunktion. Änderungen im GG sowie die darauf aufbauenden Gesetze des Landes (zurückliegend gab es auch viele Änderungen im GG) können durch das BVerfG in Eigeninitiative angemahnt oder als zu ändern durch das BVerfG festgelegt werden. Zudem kann von außen der höchsten juristischen Instanz im Zuge einer Rechtssatzbeschwerde dazu ein Anstoß gegeben werden.

Eine Rechtssatzbeschwerde hatte ISOR e. V. gegen das Rentenüberleitungsabschlussgesetz eingelegt. In dem Zusammenhang haben wir uns als Sozialverein nicht mehr nur um die verweigerten Ansprüche im Rahmen der §§ 6 und 7 des AAÜG gekümmert, sondern alle Befindlichkeiten, die Ungerechtigkeiten, die allen Menschen, die in den „neuen“ Bundesländern leben, in unserem Begehren eingeschlossen. Das BVerfG konnte (im Gegensatz zu sonstigen Klagen) die Annahme der Rechtssatzbeschwerde nicht einfach ablehnen. Man musste sich damit beschäftigen und dazu äußern. Mit unserer Rechtssatzbeschwerde haben wir erneut dokumentiert, Recht ist Klassenrecht und wird durch eine Minderheit gegen die Mehrheit ausgeübt.

Bei der Rechtssatzbeschwerde sind wir auch gegen das Abschaffen der Umbewertung der Rentenpunkte einge-

treten (siehe auch Rentenberechnung | Hochwertung Ost-Verdienste). Die Einkommen im Osten waren und sind noch heute fast 20% niedriger als die im Westteil des Landes. Um eine Angleichung der gesetzlichen Renten zu haben (denn im Osten gab es kaum Wohneigentum, keinen Aktienbesitz o. ä. und die betriebsrentenähnlichen Regelungen wurden bei der Einvernahme der DDR komplett ignoriert), zwischen Ost und West zu haben, wurden diese durchschnittlichen Einkommensunterschiede durch eine Umbewertung zum Teil ausgeglichen. Mit Umsetzung des Rentenüberleitungsabschlussgesetzes ist zwar die Höhe des Wertes je Rentenpunkt Ost und West angeglichen, doch die Angleichung der durchschnittlichen Einkommen ist gestrichen worden. Deshalb haben fast alle auch nach 2000 im Osten Geborenen einen Nachteil in der Rente auf diese Weise festgeschrieben bekommen.

Eine Klage gegen das BVerfG (wie Du es möchtest) ist unmöglich, weil es keine Instanz gibt, die dem BVerfG etwas vorschreiben kann. Der Europäische Gerichtshof, an den wir auch in mir bekannten zwei Fällen unsere Klage vorgetragen haben, hat es an die nationale Justiz zurückverwiesen. In der EU existiert kein einheitliches Sozialrecht. Das Sozialrecht ist national. Vor der UN-Menschenrechtskommission hatten wir seit langem dieses Unrecht angeprangert. Und man hat seitens der UN-Menschenrechtskommission von Deutschland Maßnahmen verlangt. Im Heute hat die Verletzung der Menschenrechte durch die „wertebasierte“ bzw. „regelbasierte Gesellschaft“ ein immenses Ausmaß angenommen. Alle internationalen rechtlichen Regeln erodieren. Wegen dieser Einschätzung der Situation haben wir dem rentenpolitischen Kampf (den wir immer geführt haben) das Primat eingeräumt.

Der aktuelle Sozialabbau, zu dem das Beschneiden der Renten aller ebenfalls gehört, ist aktuell derart groß, dass wir ein gutes Betätigungsfeld haben. Wir können zeigen (auch anhand des Urteils des BVerfG), dass die Einheit derer, die sozial betrogen werden, uns ermöglicht, von den Herrschenden Zugeständnisse zu erhalten. Die heute im Erwachsenenalter sind, haben die DDR nicht erlebt oder nur als Kind wahrgenommen. Das ist die Mehrheit. Denen können wir zeigen, Eigentum ist in dieser Gesellschaft nur eine Floskel, die dazu dient das Eigentum der Superreichen zu schützen. Für alle anderen gilt dieser Schutz nicht. Das erleben wir aktu-

ell durch den Sozialabbau. Derjenige, der weiter schauen kann und erkennt, welche Lasten auf die Deutschen zukommen werden, weil der Staat sich gnadenlos verschuldet hat und weiter verschuldet, sieht, es kommt noch sehr deutlich Schlimmeres im sozialen Bereich auf uns zu. Eine Beseitigung sozialer Ungerechtigkeiten in einer kapitalbeherrschten Klassengesellschaft ist nicht möglich. Aufklären, anhand der eigenen Vita, der eigenen Erfahrungen können wir als Zeitzeugen sowohl zeigen, was geraubt wurde, als auch zei-

gen: ein komplett am Boden liegender Staat, weitestgehend allein auf seine Bürger gestellt, Reparationen leistend, hat es geschafft, eine moderne Industrie aufzubauen, eine moderne Landwirtschaft zu sichern, die das Volk ernährte, den kriegszerstörten Osten wieder aufzubauen und die Wohnungsnot zu beseitigen. In der DDR gab es keine Obdachlosigkeit, gab es keine Hungernden, gab es soziale Leistungen, die kostenfrei oder zumindest erschwinglich waren. Diese Vergleiche anhand der eigenen Geschichte sind gegenüber

denen, die in dieser Nach-Wende-Gesellschaft groß geworden sind, plastisch. Unser Ziel als ISOR ist es, mit allen um Soziales Betrogenen gemeinsam für soziale Gerechtigkeit zu wirken. Voran für Rentengerechtigkeit.

Gerade deshalb haben wir uns auf unserer Vertreterkonferenz im Juni dieses Jahres für die Weiterführung des politischen Kampfes gegen das Rentenunrecht entschieden.

Ganz herzlich danke ich dir, dass du dich in diesem Kanon einbringst.

Joachim Bonatz

Ein Kämpfer an der Front der öffentlichen Ordnung und Sicherheit der DDR

Unser langjähriges Mitglied von ISOR e.V. Karl-Heinz Schmalfuß, Generalleutnant a. D., ist am 25.06.2026 wenige Tage nach seinem 97. Geburtstag verstorben. Mit ihm verlieren wir einen aufrechten Streiter für Frieden und soziale Gerechtigkeit. Mit Karl-Heinz sind wir seit unserer Tätigkeit im Ministerium des Innern bekannt und haben ihn als verlässlichen Partner bei der Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit in der DDR geschätzt.

Eine bis heute wirkende Tätigkeit war 1990 die komplizierte Überleitung der Sozialen und Rentenfragen für die Angehörigen der Deutschen Volkspolizei in das bundesdeutsche Rentensystem. Nach der Übernahme der DDR durch die BRD war auch er ehrenamtlich in Seniorenbeiräten, bei Rentenberatungen im Rahmen von ISOR und als Helfer für ältere Menschen bei der Lösung von Tagesproblemen tätig. Wer mehr über die Persönlichkeit von Karl-Heinz Schmalfuß, seine Entwicklung, seine Überzeugungen und Ansichten erfahren möchte, dem seien seine biografischen Erinnerungen „Innenansichten - 30 Jahre Dienst im Ministerium des Innern der DDR - Ein General meldet sich zu Wort“ empfohlen (Helios 2009, ISBN: 978-3-938208-99-1).

In stillem Gedenken

*Hartwig Müller, Generalmajor a. D.
Dieter Winterlich, Generalmajor a. D.*



Der deutsche Militarismus jubelt!

Er nutzt die Absage, US-Mittelstreckenraketen in Deutschland zu stationieren, dazu, die Hochrüstung und Anschaffung von Angriffswaffen für die Bundeswehr und die Militarisierung der Gesellschaft zu forcieren!

Die Initiative „Nie wieder Krieg – die Waffen nieder“ begrüßt es sehr, dass die US-Regierung auf die Stationierung weitreichender Mittelstreckenwaffen in Deutschland verzichten will. Als Initiatorinnen und Initiatoren des „Berliner Appell“, der genau dies fordert und unter den bundesweit seit seiner Präsentation am 3.10.2024 ca. 100.000 Unterschriften gesammelt wurden, sind wir darüber erleichtert. Denn durch die Bekanntgabe der Entscheidung der US-Regierung, Waffen in Deutschland nicht aufzustellen, mit denen sie das russische Hinterland mit präzisen Erstschlagwaffen treffen und die Hyperschallwaffe Dark Eagle als Enthauptungsschlagwaffe einsetzen können, wird die Spannung gegenüber Russland nicht noch weiter erhöht. Damit reduziert sich auch die Gefahr von russischen Präventiv- oder Gegenschlägen auf Deutschland gewaltig.

Umso mehr empört es uns, dass an der bundesdeutschen Aufrüstung interessierte Kreise nach dieser Ankündigung der US-Regierung dafür plädieren, die hierzulande seit langem gehegten Ambitionen, in eigener Regie Mittelstreckenwaffen in Deutschland zu stationieren, um russisches Hinterland ins Visier zu nehmen, zu beschleunigen. Das betrifft die bisherige Planung, ab 2029 in den USA für die Bundeswehr 400 Marschflugkörper des Typs Tomahawk (Reichweite 1.600 km) zu kaufen, um sie von deutschen Territorium oder von Fregatten aus gegen gehärtete Ziele im russischen Hinterland abzufeuern, sowie das Vorhaben, eine europäische Mittelstreckenwaffe (ELSA, Reichweite über 2.000 km) zu entwickeln.

Wenn das damit begründet wird, dadurch eine angebliche Fähigkeitslücke bei land- und seebasierten Mittelstreckenwaffen gegenüber Russland auszugleichen, wird außer Acht gelassen, dass das gesamte Kräfteverhältnis zwischen Russland und der NATO in Rechnung gestellt werden muss. Allein die europäischen NATO-Staaten – ohne die USA – verfügen über mehr als doppelt so viele Kampfpanzer und Kampfflugzeuge wie Russland und schicken sich an, ihre Militärhaushalte drastisch zu erhöhen, während Russland seine Militärausgaben in diesem Jahr senken will. Wir erinnern daran, dass zum Einmaleins der erfolgreichen Kriegsführung gehört, dass die angreifende Seite über eine dreifache Überlegenheit verfügen muss, wenn sie im Krieg siegen will. Davon ist Russland sehr weit entfernt und eine Absicht, diese Überlegenheit erreichen zu wollen, ist nicht erkennbar.

Wir begrüßen es ebenso, dass die USA Truppenkontingente aus Deutschland abziehen wollen, wenden uns aber dagegen, dass dies dazu benutzt wird, die beispiellose deutsche Aufrüstung noch zu beschleunigen. Wir lehnen das Vorhaben der neuen deutschen Militärstrategie ab, wonach Deutschland zur Führungsnation der NATO in Europa und die Bundeswehr zur stärksten konventionellen Armee in Europa wird. Denn nach wie vor ist es die durch Grundgesetz und 2plus4 Vertrag festgelegte Aufgabe der Bundeswehr, eine Verteidigungsarmee zu sein. Weder Europa noch wir brauchen eine neue deutsche Militärmacht.

Wir fordern:

- Keine Mittelstreckenwaffen auf deutschem Boden.
- Abrüstung der Bundeswehr, wodurch die Wehrpflicht hinfällig ist und der Sozialabbau verhindert wird.
- Diplomatischen Einsatz der Bundesregierung zur Beendigung des Ukrainekriegs mit dem Ziel, eine stabile europäische Friedensordnung zu erzielen, die gleiche Sicherheit für alle Seiten gewährleistet.

Es ist an der Zeit, widerständig zu werden!

Beteiligt euch an den Demonstrationen am 3. Oktober in Berlin und Stuttgart!

Wir brauchen Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit!

Initiative „Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder“ www.nie-wieder-krieg.org

Yusuf As, Wiebke Diehl, Julian Eder, Ulrike Eifler, Andreas Grünwald, Joachim Guilliard, Rita-Sybille Heinrich, Lühr Henken, Andrea Hornung, Jutta Kausch-Henken, Ralf Krämer,

Klage der DKP Berlin abgewiesen, Gericht entscheidet gegen würdevolles Gedenken an sowjetische Befreier

Klassenjustiz in politischen Verfahren kommt hierzulande nicht immer mit martialischen Äußerlichkeiten daher. Die Dauer der Verfahren und letztlich das Urteil „Im Namen des Volkes“ (wer ist das Volk?) offenbaren den wahren Charakter, der zumeist auch mit der herrschenden Politik übereinstimmt. Selbst wenn der äußere Anschein eine Unparteilichkeit des Gerichts vorspielt.

So auch im Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Berlin, in dem Stefan Natke, ehemaliger Vorsitzender des LV Berlin der DKP, gegen die Allgemeinverfügung des Landes Berlin, vertreten durch die Polizei, zur „Beschränkung des Gemeingebrauchs von öffentlichen Flächen und der Versammlungsfreiheit“ im Jahre 2023 geklagt hatte. Dabei ging es um das Gedenken vom 8. zum 9. Mai an den sowjetischen Ehrenmalen in Treptow-Köpenick, Mitte und Pankow. Bekanntlich enthielt die Allgemeinverfügung einen umfassenden Katalog von Verboten, wie das Zeigen von Fahnen, Flaggen und Wappen, Bildern, Symbolen und Kennzeichen, das Abspielen und Singen von Liedern, die angeblich den „Russland-Ukraine-Krieg“ verherrlichen. Ein damals vor den Gedenktagen eingereichter Eilantrag wurde vom Verwaltungsgericht abgewiesen.

Im März 2024 klagte Natke schließlich auf Feststellung der Rechtswidrigkeit der Allgemeinverfügung, die eine Einschränkung der Versammlungsfreiheit darstelle. Außerdem rügte er, dass die entsprechenden Regelungen im Berliner „Versammlungsfreiheitsgesetz“ verfassungswidrig seien. Drei Gedenkjahre vergingen, bevor das Gericht sich der Sache annahm und verhandelte.

Jahr für Jahr ergingen gleiche Verbote und willkürliche Auslegungen durch die Polizei. Schon allein die jährliche Wiederholung der Verbote und ihre repressive Umsetzung erhöhten das öffentliche Interesse an diesem Verfahren. Nicht alle Interessierten konnten am 19. Mai 2026 aus Platzgründen an der mündlichen Verhandlung teilnehmen. In der Erörterung der Sache hatte der Kläger die Möglichkeit, seine Beweise und Argumente ausführlich vorzutragen, weshalb die „Allgemeinverfügung“

rechtswidrig sei. Unter Hinweis auf Entscheidungen des BVerfG belegte sein Anwalt, welche hohen Hürden für derartige Einschränkungen der Versammlungsfreiheit bestehen. Weder Verhältnismäßigkeit noch Bestimmtheit für die Einschränkungen seien gegeben. Eine Prognose für eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung und des Friedens – von der Gegenseite behauptet – entbehre konkreter Fakten. Natke hob besonders die emotionale Seite hervor, indem er leidenschaftlich über das Gedenken an die Opfer sprach. Gerade mit den Verboten wird das Gedenken beschädigt.

Die Gegenseite bezog sich in ihren Erklärungen auf den Zusammenhang zwischen dem Gedenken an den sowjetischen Sieg und dem „völkerrechtswidrigen Angriffskrieg“ der Russen in der Ukraine. Dabei bezog sie sich u. a. auf Reden von Putin. Die Beklagte meinte, es bestünde eine Gefahr der Störung des öffentlichen Friedens. Die vorgetragenen Hauptargumente sind täglich in den Leitmedien zu lesen. Eben offizielle Staatsmeinung.

Die Gerichtsverhandlung verlief freundlich und tolerant. Dem Kenner musste aber auffallen, dass die Richterin Mausch-Liotta sich fast ausschließlich auf den Vortrag des Klägers fokussierte. Die Position der Beklagten schien ihr selbstverständlich zu sein. Das verwunderte nicht, war doch deutlich zu spüren, dass die Richterin und die Vertreterin der Beklagten, eine Oberregierungsrätin, sowieso keinen Bezug zur Berliner Gedenkkultur an den Ehrenmalen haben. Möglicherweise kennen sie diese noch nicht einmal. Die Klage wurde abgewiesen. Das war nicht überraschend.

In der Begründung der Entscheidung folgte das Gericht dem Vorbringen der Beklagten. Die Allgemeinverfügung sei rechtmäßig und deren Ermächtigungsgrundlage, das Versammlungsfreiheitsgesetz mit der Verfassung konform.

Die Aussetzung des Verfahrens und eine Vorlage beim Landesverfassungsgericht – vom Kläger hilfsweise beantragt – sei nicht erforderlich. Im Kern begründet das Gericht die Ab-

weisung mit der Gefahrenprognose für die öffentliche Ordnung und für das friedliche Zusammenleben. Diese Erkenntnis schöpft es u. a. aus der Tatsache, dass Russland regelmäßig am 9. Mai militärische Stärke zeige und durch den russischen Angriffskrieg auch im Bundesgebiet „Gewaltbereitschaft vermittele“. Das Zeigen sowjetischer Flaggen und Symbole könnten als Unterstützung des „kriegerischen Expansionsstrebens“ Russlands verstanden werden. Abgesehen von den politischen Positionen des Gerichts beruht die gesamte Begründung auf nebulösen Vermutungen, welche Gefahren von sowjetischen Symbolen etc. ausgehen könnten.

Fakten bzw. reale Anhaltspunkte werden dafür nicht genannt. Wer einigermaßen die Realität kennt, weiß aus Erfahrung, dass die Gefahr für Ordnung und Frieden von den Auflagen und dem teilweise willkürlichen und martialischen Vorgehen der Polizei ausgeht. Aber um dies zu erkennen, fehlt nicht nur der politische Wille, sondern auch die Volksverbundenheit von Polizei und Gericht. Das Urteil des Verwaltungsgerichts kann durch Berufung angefochten werden, wenn dies das Obergericht zulässt. Angesichts der gegenwärtig revisionistischen Bestrebungen, Geschichte umzuschreiben und damit auch sowjetische Denkmale umzuwidmen oder gar zu schleifen, wäre eine Weiterführung des Verfahrens wichtig und der Kampf für ein würdevolles Gedenken von hoher Symbolkraft. Schließlich geht es in Deutschland um insgesamt nahezu 5 000 Gedenkorte und Gedenkstätten für sowjetische Bürger. Dafür ist aber die Solidarität vieler notwendig.

Die Ostdeutschen haben seit 1990 die Schändung von Kulturstätten, wie des Palastes der Republik, erlebt. Lassen wir nicht zu, dass das Gedenken an unsere Befreiung und Befreier vom Faschismus an sowjetischen Ehrenmalen künftig von Fälschern und von Verboten bestimmt wird.

von Hans Bauer*

**Hans Bauer ist Rechtsanwalt und Vorsitzender der GRH. Der Artikel erschien gekürzt in der UZ vom 12. Juni 2026*



Mein Leben mit Hans Modrow

Verlag am Park,
16,- Euro,
ISBN-13:
978-3897934047
Hans Modrow
(1928-2023) war ein
deutscher Politiker.
Als Ministerprä-
sident sorgte er in
einer existenziellen Staatskrise dafür, dass
Frieden blieb. Er war ein international ge-

achteter Staatsmann. Aber auch ein Privat-
mensch. Gabriele Lindner war in den letzten
achtzehn Lebensjahren die Frau an seiner
Seite. Sie begleitete ihn jedoch nicht nur zu
Terminen und auf Reisen, sondern war auch
stets im geistigen Austausch mit ihm. Das
ging weit über unmittelbar politische Fragen
hinaus. Aus diesem Miteinander bezogen
beide Kraft. Gabriele Lindner berichtet über
ihre Zeit mit Hans Modrow. Sehr persönlich,
sehr privat, sehr berührend, sehr erhellend.

Prof. Anton Latzo an die Redaktion zu dem Leitartikel in der August-Ausgabe von W. Adolphi

Lieber Achim, liebe Anja,

1. Seid ihr wirklich der Meinung (ISOR aktu-
ell), dass es um einen „Überfall Russlands auf
die Ukraine“ geht? Ich kann mich erinnern,
dass ein solcher Standpunkt auf der seiner-
zeitigen Konferenz des OKV abgelehnt wur-
de. Gibt es eine neue Linie?

2. Wie kann man behaupten, dass die Politik
der Zeitenwende, die von den „Herrschenden
in Deutschland“ betrieben wird, darauf
zurück zu führen ist? Gibt es denn keine
Geschichte? Einen Aspekt habe ich, lieber
Achim, in meinem Text „Der Weg der BRD
zu den Pariser Verträgen“ beschrieben....

Ich wollte euch nur auf das Problem auf-
merksam machen.

Mit besten Grüßen Anton

Antwort der Redaktion:

Lieber Anton,

vielen Dank für deine Rückmeldung.

Zu deiner ersten Frage möchte ich es gern
etwas deutlicher sagen: Nein, selbstver-

ständig vertreten wir persönlich nicht die
Auffassung, dass es sich um einen „Überfall
Russlands auf die Ukraine“ handelt. Diese
Formulierung entspricht weder der Haltung
des Vorstandes noch der Linie, die wir in un-
seren Veranstaltungen und Diskussionen –
etwa auf der OKV Konferenz – immer wieder
klar gemacht haben.

Der betreffende Text stammt jedoch von
Wolfram Adolphi. Als Redaktion verändern
wir die inhaltlichen Aussagen der Autorin-
nen und Autoren grundsätzlich nicht. Genau
deshalb wäre ein Leserbrief von dir eine wirk-
liche Bereicherung: Du könntest deine kriti-
sche Nachfrage direkt an W. Adolphi richten
und damit eine wichtige inhaltliche Klärung
und Diskussion anstoßen. Wir würden einen
solchen Beitrag sehr gern in der ISOR aktuell
aufnehmen.

Auch zu deiner zweiten Frage: Die histori-
sche Herleitung der „Zeitenwende“-Politik ist
selbstverständlich komplexer, als es manche
Formulierungen nahelegen. Dein Hinweis
auf die Entwicklung der BRD bis zu den Pa-

riser Verträgen ist ein wichtiger Aspekt, den
wir ebenfalls gern in Form eines kurzen Kom-
mentars oder Leserbriefs von dir sichtbar ma-
chen würden.

Ich hoffe, diese Erläuterung ist hilfreich. Wir
freuen uns sehr, wenn du deine Gedanken in
einem eigenen Beitrag einbringst – das würde
die Ausgabe inhaltlich deutlich stärken.

Redaktionsteam

★ ★ ★ TERMINE ★ ★ ★

**TRADITIONSTREFFEN zum 70. Jahres-
tag der Bildung der NVA und dem 80. Jah-
restag der Bildung der DGP / GT der DDR**
am 26. September 2026 im Sport- und Er-
holungspark Strausberg
Anmeldeformular über www.vtnvagt.de

★ ★ ★

**Für die Alternative Einheitsfeier des
OKV am 7. Oktober 2026 in Neuenhagen**
bei Berlin können noch Karten zum Un-
kostenbeitrag von 10,00 € zu den Öff-
nungszeiten der Geschäftsstelle der GRH
und ISOR e. V. erworben oder per Email:
okvJoBo@web.de bestellt werden.
Anmeldeschluss: 14.09.2026

Vorsitzender: Joachim Bonatz

Postanschrift: ISOR e. V.

Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin

Herausgeber: ISOR e. V.

Leiterin / Redaktion:

Anja Mewes

E-Mail:

isor-aktuell-redaktion@t-online.de

Vertrieb: Bernd Hartmann

E-Mail: isor-berlin@t-online.de

Layout: Ulrike Schiga, LibelleDeko

Herstellung: MediaService

Internet: www.isor-sozialverein.de

ISOR aktuell dient der Informa-
tion von Mitgliedern der ISOR
e. V. und interessierten Bürgern
und kann nicht bei Behörden
als rechtsverbindliche Auskunft
benutzt werden. Bei namentlich

Impressum

gekennzeichneten Beiträgen sind
die Autoren für deren Inhalt ver-
antwortlich. Die Redaktion behält
sich Sinn wahrende Kürzungen
vor.

Redaktionsschluss: 13.08.2026

Print- & Internetausgabe: 01.09.2026

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 17.09.2026

**Leiter der Geschäftsstelle /
Schatzmeister und Statistik:**

Bernd Hartmann

Mi: 10-15 Uhr

(weitere Bürotermine nach tel.
Vereinbarung)

E-Mail: isor-berlin@t-online.de

Tel.: 030 2978 43 16

FAX: 030 2978 43 20

Rente/Soziales:

Steffen Haupt

Tel. 030 297843-19

E-Mail:

hauptsteffen@gmx.net

AG Soziales und Betreuung:

Florian Münter

Telefon: 0151 - 41 46 65 51

Email:

isor-sozialebetreuung@t-online.de

Buchhaltung: Sonja Franz,

Mo-Do: 8-15 Uhr

Tel.: 030 297843-19

E-Mail:

isor-finanz2@t-online.de

Bankverbindung:

Berliner Sparkasse

Empfänger: ISOR e. V. Berlin

IBAN: DE43 1005 0000 1713 0200 56

BIC: BELADEBEXXX